

Antragsbuch

49. Landeskongress der
Jungliberalen Aktion Sachsen

19. und 20. Februar 2011
in der Messestadt Leipzig



<i>Geplante Tagesordnung und Ablaufplan</i>	3
<i>Rechenschaftsberichte</i>	4
Bericht des Landesvorsitzenden der Jungliberalen Aktion, Marcus Viefeld	5
Bericht des Stllv. Landesvorsitzenden für Organisation, Sven Herbst	8
Bericht des Stllv. Landesvorsitzenden für Programmatik, Christian Klauß	9
Bericht des Landesschatzmeisters, Falk Illing	11
Bericht der Beisitzerin für Mitgliederverwaltung, Stephanie Krahl	12
Bericht der Beisitzerin für Kommunikation und Vernetzung, Lydia Dötschel	13
Bericht des Beisitzers für Öffentlichkeitsarbeit, Alexander Hausmann	14
Bericht des Beisitzers für RPJ-Arbeit, Rudi Ascherl	16
Bericht des Beisitzers für Kreisverbandsarbeit, Martin Bahrmann	18
Bericht des Kooptierten Mitglieds für den Bereich Presse, Christoph Huebner	20
 <i>Anträge zur Satzung</i>	 21
Satzungänderungsantrag 01	22
Satzungänderungsantrag 02	23
 <i>Sachanträge</i>	 24
Positionen zum Zensusgesetz 2011	25
Alex-Müller-Verfahren bei der FDP einführen	26
Ärztemangel	27
Lehrermangel aktiv bekämpfen – Quereinstieg fördern	30
Reform der Arbeitnehmerüberlassung	31
Zustimmung zur Gründung eines JuliA Kreisverbandes „Landkreis Leipzig“	32
„Schülerfeedback“ im Lehramtsreferendariat	33
Englisch hat oberste Priorität	34
Rechtsextremismus in Sportvereinen aktiv bekämpfen	35
Numerus Clausus an der TU Chemnitz beibehalten!	36
Modernisierung der Verhandlungsprotokollierung bei Gericht	37
Richterliche Sondervoten in Deutschland zulassen	38
Glücksspielstaatsvertrag nicht ersetzen	39
Company statt Quote - Das Unternehmen entscheidet über sein Personal	41
Beendigung des europäischen INDECT Forschungsprojekts	42
Bundeskongress 2012 in Leipzig	45
Etwa vierzig Prozent Menschenquote jetzt!	46
 <i>Ansprechpartner</i>	 47

Freitag, 18. Februar 2011

Krahmerladen, Nonnenmühlgasse 1 in Leipzig

17:00 Uhr	Beginn des Neumitgliederseminars im Krahmerladen
20:00 Uhr	Abendessen
20:30 Uhr	Einführung in den Liberalismus mit Robert Hesse
22:00 Uhr	Ende des Seminars

Samstag, 19. Februar 2011

Ratskeller, Lotterstraße 1 in Leipzig

10:00 Uhr	Beginn CheckIn
11:00 Uhr	Landeskongress
1)	Eröffnung und Begrüßung
2)	Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3)	Wahl einer Tagungsleitung
4)	Beschlussfassung über die Tagesordnung
5)	Wahl eines Protokollführers
6)	Wahl einer Zählkommission
7)	Grußworte
8)	Bericht des Landesvorsitzenden
9)	Bericht des Landesschatzmeisters
10)	Bericht der Rechnungsprüfer
11)	Aussprache
12)	Entlastung des Landesvorstandes
13)	Wahl des neuen Landesvorstandes in der Reihenfolge
a)	Wahl des Landesvorsitzenden
b)	Stv. Landesvorsitzender für Organisation
c)	Stv. Landesvorsitzender für Programmatik
d)	Stv. Landesvorsitzender für Presse
e)	Wahl des Landesschatzmeisters
f)	Wahl der Beisitzer
14)	Wahl zweier Rechnungsprüfer
15)	Wahl der Ombudsperson
16)	Beratung von Satzungsänderungsanträgen
18:30 Uhr	Unterbrechung des Kongresses
18:35 Uhr	Abendessen
22:00 Uhr	LaKo-Party in der Moritzbastei

Sonntag, 20. Februar 2011

Ratskeller, Lotterstraße 1 in Leipzig

09:00 Uhr	Fortsetzung des Kongresses
17)	Beratung von Sachanträgen
18)	Sonstiges (ggf. Ehrungen)
19)	Schlusswort des neuen Landesvorsitzenden
17:00 Uhr	Ende des Kongresses

Rechenschaftsberichte



Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden

Marcus Viefeld

Liebe Freunde,

wir alle haben 2009 ein Superwahlkampfjahr erlebt und uns wie die großen Gewinner gefühlt. Als ich vor einem Jahr ein drittes Mal angetreten bin, die Sächsischen Jungliberalen zu vertreten, war mir klar, dass es erneut spannend, aber sicher nicht mehr so einfach sein wird, was auf uns nach diesen vermeintlichen Wahlsiegen zukommen wird. Leider wurde ich mehr als nur bestätigt.

Aus meiner Sicht teilen sich die Tätigkeiten als Landesvorsitzender in drei Bereiche auf. Die Befassung mit unserer Mutterpartei, die verbandsübergreifenden Kontakte zu Bundesvorstand und anderen Landesverbänden und natürlich an vorderster Stelle die Arbeit im und für den eigenen Verband. In dieser Reihung will ich kurz ein wenig aus dem letzten Jahr berichten.

Die Mutterpartei stelle ich deshalb voran, weil die lähmende Angst in Berlin vor den Wahlen in NRW das gesamte politische Bild des letzten Jahres massgeblich prägte. Das Ergebnis der Wahl sorgte schliesslich dafür, dass die Bundesregierung erst recht nicht in die Gänge kam, die Steuerreform einfach handstreichartig einkassiert wurde. Ganz ehrlich: Wie leicht sich die FDP da hat von der Union die Butter vom Brot nehmen lassen, ist mir bis heute unerklärlich. Und hat bei vielen Jungen Liberalen auch gehörig Frust angehäuft. Weshalb wir gemeinsam mit den JuLis aus Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt einen offenen Brief an die FDP-Fraktion richteten, die Hoffnungen aus dem Wahlsieg nun endlich in einen erkennbaren Politikwechsel zu überführen. Mal von einzelnen Strohfeuern abgesehen ist es schon erschreckend, dass wir diesen Brief eigentlich nochmal rausjagen müssten.

Wir haben im letzten Jahr auch der sächsischen FDP genau auf die Finger geschaut und kritisch kommentiert, dass das Versammlungsrecht geändert wurde. Dass der Medienstaatsvertrag nicht mehr verhindert werden konnte lag leider auch an den intransparenten Verhandlungen dieser Staatsverträge. Glücklicherweise kann man der FDP Sachsen aber immerhin attestieren, an ihren Zielen aus dem Koalitionsvertrag weiter dran zu bleiben. Stichwort Staatsmodernisierung. Keine neuen Schulden aufzunehmen, auch gegen viel Widerstand von vielen Besitzstandswahrern, ist der einzig vernünftige Weg.

Wir haben beim letzten FDP-Landesparteitag einen Antrag zur Vereinheitlichung der Mehrwertsteuersätze eingebracht und uns schon auf einen offenen Schlagabtausch mit dem Wirtschaftsminister gefreut. Der rieb sich auch schon die Hände. Leider waren die FDP-Delegierten nachmittags um 4 Uhr gedanklich schon halb auf dem Heimweg – und unser Antrag ruckzuck zum Landesfachausschuss verschoben. Schade, denn es täte der FDP insgesamt gut zu Gesicht stehen, wenn sie die Debatten gerade um umstrittene Reformvorhaben offensiv sucht. Die JuliaA wird beim Thema der Steuervereinfachung aber weiter am Ball bleiben.

Beim Bundesverband der Jungen Liberalen stand im letzten Jahr vor allem ein großer Wechsel im Vorstand an. Johannes Vogel verzichtete nach fünf Jahre auf eine erneute Kandidatur als Bundesvorsitzender und damit gab es die Chance auf ein sehr spannendes und bis zuletzt haarscharf umkämpftes Rennen um die Nachfolge. Lasse Becker setzte sich am Ende gegen Leif Schubert durch. Und auch wir konnten uns freuen, denn mit Christoph Blödner stellt die Julia Sachsen seitdem den neuen Bundeschatzmeister. Eine Kandidatur, die von langer Hand und mit einer großen Ernsthaftigkeit vorbereitet war und daher trotz starker Kampfkandidatur erfolgreich verlief.

Hintergrund diesen Erfolges waren auch die guten Verbindungen, die sich in den letzten Jahren zu den benachbarten „Ostverbänden“ entwickelt haben. Nur logisch, dass diese Zusammenarbeit weiter vertieft wurde und in einem wirklich toll organisierten gemeinsamen PPW in Übigau in Brandenburg mündete. Die Wiederholung dieses Wochenendes ist auch für dieses Jahr bereits fest geplant und ich kann nur herzlich dafür werben, diese gemeinsame Veranstaltung weiter zu unterstützen, denn nach wie vor beschäftigen sich die Landesverbände in den neuen Bundesländern mit ganz ähnlichen Themen und Problemen. Grund genug, sich entsprechend auszutauschen – und das gesellige kam natürlich auch nicht zu kurz.

Eher ungewöhnlich war sicher der Ausflug zur Klausurtagung des erweiterten Bundesvorstandes nach Brüssel. Die Europafraktion hatte uns eingeladen und aus Sicht vieler Westverbände mag Brüssel auch gar nicht so weit weg sein. Mir schien es wie eine kleine Weltreise, aber was macht man nicht alles, um im Kreise der Kollegen über die Arbeit im Bundesverband beraten und diskutieren zu können.

Aber natürlich prägte nicht allein die Beschäftigung mit Mutterpartei oder Bundesverband die Arbeit im Landesvorstand. Wie in den Vorjahren auch waren wir zunächst einmal bemüht, die finanziellen Rahmenbedingungen weiter zu normalisieren. Und ich gehe tatsächlich davon aus, dass der zukünftige Landesvorstand endlich wieder mit eigenen Mitteln arbeiten und nicht nur Altschulden abbauen darf.

Wir konnten weitere Erfahrung mit dem RPJ sammeln. Rudi kann ein Lied davon singen, aber auch hier setzt sich eine gewisse Routine fest. Dank der Zusammenarbeit mit dem RPJ konnten wir 20 Jahre Julia Sachsen feiern. Dafür nochmal ein Dankeschön an den KV Dresden. Eine würdige Feier!

Die monatlichen Vorstandssitzung wurden um ein neues Element ergänzt: Sitzungen des „erweiterten Landesvorstandes“ einmal im Quartal, auch wenn es dieses Gremium satzungsmäßig (noch?) nicht gibt. Themenschwerpunkt war dabei immer die Arbeit in den Kreisverbänden und die Zusammenarbeit mit dem Landesverband. Auch wenn wie bisher zu allen Landesvorstandssitzung auch die Kreisvorsitzenden eingeladen und teilweise auch anwesend sind, so ist der eLaVo doch eine gute Bereicherung – und in vielen anderen Landesverbänden auch lange gelebte Praxis.

Wir haben uns in diesem Jahr auch Zeit genommen, die Neumitgliederansprache zu verbessern. Neumitgliederseminare beim PPW in Crimmitschau und im Vorfeld des LaKos in Pirna waren die Folge. Die

dafür entstandenen Powerpoint-Folien geben einen guten Überblick über die Möglichkeiten in unserem Jugendverband wieder und können natürlich auch in Zukunft genutzt werden.

Die Landeskongresse sind nicht nur formale Debattierclubs, sondern auch gute Gelegenheit, sich politisch auszutauschen. Daher habe ich ganz gezielt (und mit rechtzeitiger Planung) den Chef der FDP Sachsen und ehemaligen JuliA-Landesvorsitzenden Holger Zastrow zu unserem LaKo nach Pirna eingeladen. Er stand uns dort weit über zwei Stunden für viele Fragen und Debatten zur Verfügung, länger als geplant. Was um so erstaunlicher ist, da er nachmittags noch zu seiner eigenen Hochzeit weiter ist. Was wir zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht wussten.

Abschließend war auch dieses dritte Amtsjahr wieder ereignisreich, aber nach einem hektischen Wahlkampfjahr auch eine gute „Normalisierung“. Ich bin froh und dankbar, dass ich Euch nochmal als Landesvorsitzender zur Verfügung stehen durfte.

Die Dankesworte ans weitere Team nehm' ich mal mit zum Bericht auf dem LaKo. Wo wir uns hoffentlich zahlreich wieder sehen.

Beste Grüße,
Euer Marcus

Rechenschaftsbericht des Stellvertretenden Landesvorsitzenden für Organisation

Sven Herbst

Liebe Jungliberalen, liebe JuLis, liebe Freunde,

zunächst möchte ich mich für die gute Zusammenarbeit der Vorstandsmitglieder untereinander bedanken. Es war nicht immer leicht – aber irgendwie haben wir immer alles hinbekommen.

Meine Arbeit als stellvertretender Landesvorsitzender für Organisation begann bereits schon vor dem Landeskongress in Klaffenbach. Diesen galt es vorzubereiten. Auch, wenn er etwas teurer wurde, haben wir dort einen neuen Maßstab an Qualität und Professionalität gesetzt. Dieser Maßstab fand in Pirna ebenso wieder Anwendung wie auch jetzt in Leipzig. Die bisherigen Anmeldezahlen lassen auf einen sehr erfolgreichen Wahlkongress hoffen.

Ferner bereitete ich das letzte Jugendpolitische Forum in Crimitschau vor und stand im letzten Jahr in regem Kontakt zur VLK, um auch mit dieser gemeinsam möglichst viele Seminare für unsere Kreisverbände zu ermöglichen. Als Beispiel sind da u.a. Chemnitz, Meißen und Leipzig nennen.

Außerdem war ich an der Durchführung der RPJ-Projekte mit beteiligt und arbeite hervorragend mit dem Rudi zusammen und arbeitete ihm, wenn einmal nötig, zu.

Da absehbar war, dass ich im Februar längere Zeit nicht oder nur mit kurzen Unterbrechungen in Sachsen sein werde, habe ich mir Lydia zur Seite genommen, damit sie mich bei der Planung und Durchführung des Landeskongresses in Leipzig maßgeblich unterstützt. Dafür möchte ich ihr im Vorfeld bereits danken.

Wie immer stand ich auch im vergangenen Amtsjahr allen Mitgliedern permanent als Ansprechpartner bereit, unterstützte die Mitgliederverwaltung ZAM, verfolgte stets die Aufgabengebiete der anderen Vorstandsmitglieder und stand auch denen jederzeit – egal zu welcher Tageszeit – mit Rat und tat zur Seite.

Als Chef vom Dienst unseres Newsletters arbeite ich für jeden Newsletter Texte aus, trug Informationen und Bilder zusammen, las Korrektur und unterstützte Alexander dabei tatkräftig bei seiner Arbeit.

Für mich war diese Zeit ein anstrengendes, aber auch wieder sehr schönes Amtsjahr.

Mit li(e)beralen Grüßen,

Sven Herbst

Rechenschaftsbericht des Stellvertretenden Landesvorsitzenden für Programmatik Christian Klauß

Liebe JuliAner, liebe JuLis,

mittels dieses kurzen Berichts möchte ich Rechenschaft über meine Arbeit im Landesvorstand ablegen. Da ich dieses Jahr nicht für den Landesvorstand kandidieren werde und es das erste Mal ist, dass die Vorstandsmitglieder einen solchen Bericht abgeben, werde ich mich auf den gesamten Zeitraum meiner Amtszeit beziehen.

Öffentlichkeit/Presse:

In Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden und dem Pressesprecher habe ich Pressemitteilungen inhaltlich mit vorbereitet. Dabei sah ich es als meine Aufgabe, darauf zu achten, dass sich Stellenwert, Argumentationslinie und Positionierung unserer Öffentlichkeitsarbeit im Einklang mit unserer Beschlusslage befinden. Wir haben uns auch nicht gescheut Arbeit und Positionierung der FDP Sachsen bzw. der sächsischen Landesregierung an den Stellen zu kritisieren, an denen es notwendig war. Einige der von uns besetzten Themen stießen dabei auf ein gutes mediales Echo (z.B. Versammlungsgesetz, Paintball, Kirchenfinanzierung).

Bundeskongresse:

In Bezug auf die Bundeskongresse der JuLis war es meine Aufgabe, geeignete Beschlüsse unserer Landeskongresse für die Einbringung auszuwählen und diese dort zu verteidigen. So konnten wir z.B. die Einsatzkennung für Polizisten und das Verbot von Datenhehlerei zum Bestandteil der Bundesbeschlusslage machen.

FDP:

Auch zu den FDP Parteitagern gehörten die Auswahl geeigneter Anträge für die Einbringung, das Überprüfen von Parteitagern auf ihre Kompatibilität mit unserer Beschlusslage und der Vorschlag von Änderungsanträgen zu meinen Aufgaben. Auch die mündliche Einbringung entsprechender Anträge wurde teilweise von mir durchgeführt. So konnten wir uns beispielsweise bei den Themen „Paintballverbot“ und „Kinderrechte im GG“ mit unserer Gegenpositionierung durchsetzen. Weiterhin habe ich die Verbandsinteressen im LFA Medien & Kultur und tlw. im LFA Wirtschaft vertreten.

Inhaltliche Arbeit:

Während meiner Amtszeit als Landesprogrammatiker war ich verantwortlich für die Erstellung von kleineren Anträgen und Leitanträgen im Auftrag des Landesvorstandes. Dabei konnten wir teilweise programmatisches Neuland betreten (Thema Geistiges Eigentumsrecht) oder Lücken in unserer Beschlusslage schließen (Extremismus, Aktuelle Hochschulpolitik). Die notwendige Vorbereitung zu den beiden letztgenannten Themen konnten wir durch ein von mir inhaltlich geleitetes PPW schaffen.

RPJ:
Für die Dauer meiner Mitgliedschaft im Vorstand habe ich die JuliaA als ordentliches Mitglied im Ring Politischer Jugend e.V. vertreten und damit auch vor der Schaffung des intern dezidierten RPJ-Beisitzerpostens als eine (neben anderen) Schaltstellen zwischen der JuliaA und dem RPJ fungiert. Für den Landesverband habe ich unter Mithilfe aber maßgeblich ein eigenes Projekt („Liberales Lesebüchlein“) durchgeführt, das den Verband vermutlich auch noch eine Weile als Instrument für Bildungs- und Mitgliederarbeit begleiten wird.

Technische Arbeit:
Selbstverständlich war ich während meine Amtszeit für die technische Pflege der Landessatzung und der Beschlusslage verantwortlich. Nebenbei habe ich kleinere gestalterische Aufgaben (Grundsatzheftchen) und kleinere Arbeiten an der Homepage durchgeführt.

Da ich, wie oben angekündigt, dieses Jahr nicht erneut kandidiere, möchte ich dem neuen Landesvorstand gutes Gelingen und ein erfolgreiches Amtsjahr wünschen. Vor dem Hintergrund der politischen Lage auf Bundesebene, wird es sicherlich nicht die leichteste Aufgabe werden.

Los seid Ihr mich damit natürlich nicht. Ich plane meine Aufgabe als Delegierter für den Bundeskongress ernst zu nehmen und werde euch wohl, solange ich in Sachsen wohne, auch weiterhin begleiten.

Ein erfolgreiches Jahr wünscht Euch
Christian

Rechenschaftsbericht des Landesschatzmeisters

Falk Illing

Die vergangenen drei Jahre der Arbeit als Finanzvorstand waren geprägt von Versuchen, die Finanzen des Landesverbandes zu konsolidieren.

Vor drei Jahren begann diese Arbeit damit, vielfältige finanzielle Belastungen zu streichen und dem Landesverband damit mehr Spielraum zu verschaffen. Dazu zählte die Kündigung von Verträgen und Versicherungen, die unnötig waren. Alte Fördermitglieder wurden reaktiviert, neue Fördermitgliedschaften gewonnen. Ich möchte an dieser Stelle allen Spendern danken, die seit Jahren den Landesverband unterstützen.

Mit der Unterstützung von Marcus haben wir desweiteren die Förderung, welche uns die FDP zukommen lässt, erhöht. Die damit gewonnene disponible Finanzmasse steckten wir in die Entschuldung der Kreisverbände, die inzwischen weit vorangeschritten ist. Bei Leipzig und Chemnitz bestehen noch Restschulden, an deren Tilgung der nächste Vorstand arbeiten muss.

Trotz der Erfolge blieben Fragen ungeklärt und stehen zur Lösung durch den neuen Vorstand an. Die Mitgliederabrechnung muss neu organisiert werden, damit die Zahlungen zwischen den Kreisen und dem Land in ein geordnetes System überführt werden. Die Frage der finanziellen Belastung durch die Landesgeschäftsstelle sollte ebenso durch den neuen Vorstand überdacht werden, so dass eine einverträgliche Lösung gefunden werden kann.

Ich wünsche dem neuen Vorstand bei der Lösung der anstehenden Aufgaben viel Erfolg!

Grüße,
Falk Illing

Rechenschaftsbericht der Beisitzerin für Mitgliederverwaltung Stephanie Krahl

Zu Beginn meiner Amtszeit hatte ich Wert auf die Betonung der Mitgliederbetreuung als meine Kernaufgabe, denn auf eine technische Verwaltung der Julis und JuliAner gelegt. Heute, zum Ende des Jahres Landesvorstand, muss ich erkennen, dass ich - anders als gehofft - über das Verwalten von Mitgliedsnummern, Namen und Adressen nicht hinaus gekommen bin.

Wir haben Mitglieder gewonnen, aber auch Mitglieder verloren. Mit dem Phänomen des Kommens und Gehens haben wir uns immer wieder auseinandergesetzt. Es scheint ein normaler Prozess, eine Generallösung fand sich in diesem Jahr nicht. Die Gründe des Gehens liegen oft bei jedem persönlich, in dem Fokus auf die eigene Ausbildung und den beruflichen Werdegang. Die Julia Sachsen kann nur immer wieder versuchen für seine Mitglieder präsent zu sein und vielfältige Angebote bereit zu stellen.

In der Auseinandersetzung mit den Strukturen der Mitgliederverwaltung zwischen den Kreisverbänden und dem Landesverband trat zu Tage, dass nicht alle Kreisvorstände mit den Prozessen des Mitgliedermanagements vertraut sind. Hier galt es, die Strukturen zwischen den Untergliederungen der Jungen Liberalen auf Bundes-, Landes- und Kreisebene zu dokumentieren und Wege aufzuzeigen, wie eine effiziente Mitgliederverwaltung möglich ist. Ein Leitfaden des Mitgliedermanagements steht deshalb allen Mitgliedern und Kreisvorständen auf der Homepage der Julia Sachsen zur Verfügung.

Die überwiegend vom Bundesverband vorgegebenen Strukturen der Mitgliederverwaltung sind optimierungsbedürftig. Ein alternatives, die bundesweite Datenbank ergänzendes, Mitgliedermanagementsystem ist für die Julia Sachsen in Arbeit. Mit der neuen Datenbank können die sensiblen Daten unserer Mitglieder leichter gepflegt werden.

Ich danke für ein abwechslungs- und lehrreiches Jahr Landesvorstand Julia Sachsen. Dem neuen Mitglied des Landesvorstands für Mitgliederverwaltung wünsche ich viel Motivation im Umgang mit den „trockenen“ Daten. Liebe Julis, liebe JuliAner, bleibt euch und euren liberalen Idealen treu.

Eure
Stephanie Krahl

Rechenschaftsbericht der Beisitzerin für Kommunikation und Vernetzung Lydia Dötschel

Liebe JuliAner, liebe JuLis und liebe Vorstandsmitglieder,

zu Beginn möchte ich mich bei allen Vorstandsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit bedanken. Die Arbeit des letzten Jahres im Vorstand hat mir viel Spaß gemacht und wir haben zusammen eine ganze Menge getan.

Nun zu meinem Bericht über das, was ich das letzte Jahr für unseren Verband gemacht habe. Vorab möchte ich sagen, dass es nicht immer große Projekte und Aktionen sein müssen, die man plant. Oft kommt es auf die kleinen Handgriffe an, die jeder macht und die letztendlich zusammengefügt werden.

Zu meinen Hauptaufgaben gehörten vor allem diese kleinen Handgriffe zum Beispiel bei der Organisation der Landeskongresse und beim Besuch im Staatsministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr. Dabei stand ich unserem Organisator Sven Herbst mit Rat und Tat zur Seite und habe ihm einige kleine Erledigungen abgenommen.

Aufgrund meiner Erfahrungen bei der Standbetreuung durfte ich mich zu den letzten drei Landesparteitagen der FDP um unseren JuliA-Stand kümmern. Außerdem habe ich mich auch zum Tag der Sachsen zusammen mit vielen Helfern aus meinem Kreisverband mit Flyern und guten Argumenten bewaffnet und die Menschen aufgeklärt, wer die JuliA überhaupt ist und was wir tun.

Vor kurzen durfte ich mich über eine weitere Aufgabe freuen. Seit Ende letzten Jahres begleite ich das Amt des JuliA-Vertreterers im Verwaltungsrat der Wilhem-Külz-Stiftung. Für unseren Landesverband ist dabei wichtig, dass unsere beiden PPWs die Unterstützung der Stiftung erhalten. Was ich gerade aufgeführt habe ist nur der Teil meines Beitrags für den Verband, den man schriftlich darlegen kann!

Auf ein baldiges Wiedersehen zum nächsten Landeskongress verbleibe ich mit den besten Grüßen,

Lydia Dötschel

Rechenschaftsbericht des Beisitzers für Öffentlichkeitsarbeit

Alexander Hausmann

Diese meine dritte Legislatur im Landesvorstand der Jungliberalen Aktion war die schönste und schlimmste zu gleich. Die schönste, weil weder die Bewältigung von Altlasten, noch ein Wahlkampf anstanden und man sich wirklich auf die Arbeit der JuliA konzentrieren konnte. Die schlimmste, weil sich der Feind jeder ehrenamtlichen Tätigkeit – Trägheit und Amtmüdigkeit – bei einigen eingeschlichen zu haben schien, bewusst oder unbewusst. Was mich aber bei der Stange hielt und auch weiter hält, waren und sind die immer wieder schönen Momente und das Gefühl etwas – das Richtige – erreicht zu haben. Letztlich haben wir als Landesvorstand fast alles irgendwie dann doch noch hinbekommen. Daher bedanke ich mich bei meinen teilweise langjährigen Kollegen im LV und wünsche euch nun eine schöne Zeit.

Newsletter:

Meine quasi Monatsaufgabe und Herzensangelegenheit hat es in diesem Jahr leider nicht immer pünktlich geschafft, was weniger am Layout oder der Redaktion an sich lag. Vielmehr waren Zuarbeiten, auf die ich angewiesen bin, nicht immer fristgerecht, was es vor allem unter dem neuen Landesvorsitzenden zu verbessern gilt. Immerhin haben wir auch in dieser Legislatur acht Ausgaben geschafft, welche ich layoutiert und redaktionell verantworten habe. Hier hat sich die Zusammenarbeit insbesondere mit allen Kreisverbänden verbessert, die nun auch immer öfter von sich aus ohne explizite Nachfrage Text und Bild zur Verfügung stellen von ihren Aktionen und Tätigkeiten. Dafür nochmals ein Dankeschön. Ebenfalls ein Lob kriegt Landesorga Sven Herbst, der mich vor allem redaktionell und als Lektor immer unterstützt sowie an die Korrekturleser aus dem LV und die Mitglieder-Steffi für das Zusammenstellen der Mailverteiler.

Bundeskongresse und Landeskongresse andere Landesverbände:

Auch diesem Jahr durfte ich unseren Landesverband auf zwei Bundeskongressen vertreten. Dies habe ich sehr aktiv getan als Mitglied der Zählkommission zum „Wahlmarathon“-Kongress im April (13-mal nachzählen, ob Lasse oder Leif nicht doch 101 Stimmen von 200 hat, ist gar nichts). Auch auf dem Jubiläums-BuKo habe ich als Redner und mit Änderungsanträgen sowie einigem Kilometergeld mein Delegiertenamt ausgefüllt. Mit Glück bin ich auch in diesem Jahr wieder dabei, wenn wir endlich wieder den siebten Delegiertenplatz erhaschen. Darüberhinaus habe ich auch unsere Nachbar-Landesverband Thüringen auf ihrem Landeskongress besucht, natürlich mit Gastgeschenk und einem kleinen Grußwort.

LaKo-Vorbereitung:

Ich war zu beiden Landeskongressen jeweils mit eingebunden und habe Antragsbücher, Stimmkarten, Änderungsanträge sowie die Einladung gestaltet, reingezeichnet, produziert bzw. drucken lassen. Auch beim Eintüten war ich diesmal immer mit dabei, was besonders in Verbindung mit der Versendung von Mitgliederausweisen ein echtes Gefummel war. Hier danke ich nochmal der JuliA Meißen, insbesondere Maximilian Pätz und Martin Bahrmann für die Unterstützung und hervorragende Zusammenarbeit.

Imageflyer / Flyer in der Zukunft:

Das wohl schwierigste und zeitaufwendigste Projekt war der Erstellen eine Imageflyers, welche landesweit eingesetzt werden soll. Ich bin ein Gutes Stück voran gekommen und habe dem Vorstand bereits im September einen entsprechenden Layoutvorschlag vorgelegt. Ich hoffe die Arbeiten daran in den ersten Monaten der neuen Legislatur in Abstimmung mit dem neuen Vorstand abschließen zu können, sofern ich denn wiedergewählt werde. Ferner gilt es auch zu überlegen, welche Landesthemen wir in den nächsten Monaten und Jahren stärker in den Focus rücken möchten mit neuen Flyern. Auf diese Arbeit freue ich mich schon jetzt. Bei beiden Sachen wird der neue Landesvorstand sicher gern auf das Feedback und die Wünsche aus den Kreisverbänden eingehen, denn dort sollen sie ja letztendlich zum Einsatz kommen.

Operation Rentier:

Bei diesem recht kurzfristig initiierten Projekt haben wir zu jedem Advent und an Heiligabend ein Comic auf unserer Homepage veröffentlicht, welches ein politisches Ereignis oder Thema von 2010 satirisch noch einmal ins Gedächtnis rufen sollte. Dieses Aktion wurde auch auf julis.de als Postkarten-PDF zum Download bereitgestellt und vielfach runtergeladen. Wie erfolgreich die Einreichung zum Bundesaktionswettbewerb dieser oder ggf. weiteren Aktionen aus Sachsen sind, werden wir sehen. Ich bin gespannt.



Ich freue mich (hoffentlich) auf die neue Legislatur und die neuen Landesvorstandsmitglieder, um sie mit der Routine und Erfahrung der vergangenen Jahre tatkräftig zu unterstützen.

Liebe Grüße,
Alex Hausmann

Rechenschaftsbericht des Beisitzers für RPJ-Arbeit

Rudi Ascherl

Die Arbeit mit dem Ring Politischer Jugend Sachsen e. V. (RPJ) gestaltete sich während meiner Amtszeit heterogen. Die Abrechnung von zu Beginn des Jahres durchgeführten Veranstaltungen wurden mit dem Hinweis beantwortet, dass der Mittelbescheid des Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) noch nicht eingegangen war. Erst nach einem längeren Mailwechsel wurde uns eröffnet, dass der RPJ nicht mit Mitteln bedacht worden war.

Dies war insofern frappierend, als dass Kreisverbände und Privatpersonen bereits für Veranstaltungen in Vorkasse gegangen waren. Die Veranstaltung 20 Jahre Jungliberales Sachsen im Mai war beispielsweise dadurch gefährdet.

Ende Juni wurden die (deutlich gekürzten) Mittel schließlich vom SMS bewilligt. Zu verdanken haben wir dies nicht zuletzt dem unermüdlichen Einsatz von Eric Schley und Steffen Hintze. Für mich bedeuteten die Kürzungen eine tiefgreifende Bearbeitung der gestellten Anträge, die auch im Verlauf angepasst werden mussten, immer in Abstimmung mit den durchführenden Kreisverbänden. Die gute Kommunikation im Landesvorstand half dabei, die durch die späte Bewilligung entstandenen innerverbandlichen Probleme zu lösen. Leider gestaltete es sich bisweilen schwer, mit den Kreisverbänden Kontakt aufzunehmen.

Eine Wende in der Zusammenarbeit fiel mit dem Weitergabe der Geschäftsführung von Eric Schley auf Karin Luttmann zusammen. Die Kommunikation verbesserte sich deutlich, Termine wurden früher angekündigt, die Arbeit wurde merklich unterstützt.

Der Fortgang der Abrechnung litt bis zuletzt darunter, dass Rechnungen und Verträge, die während der Tätigkeit von Herrn Schley eingereicht wurden, nicht auffindbar beziehungsweise nachvollziehbar aufbewahrt worden waren. Nur der häufige telefonische Kontakt mit der Geschäftsführung konnte zur Klärung und schließlich zum Auffinden der Papiere führen.

Leider wurden nicht alle beantragten Veranstaltungen durchgeführt. Ein Volleyballturnier kann selbstverständlich Ende des Jahres nicht mehr stattfinden. Ein Seminar zum Islamismus konnte glücklicherweise durch den Landesverband durchgeführt werden.

Die Begleichung der Eigenmittel, Geschäftsstellenanteile und Rücklagen des RPJ zum Ende des Jahres, stellte die Julia Sachsen erneut vor Probleme, die jedoch meines Erachtens unterm Strich mit geringem finanziellen Aufwand für den Landesverband einen großen Mehrwert für die Kreisverbände bedeutet. Zudem wird die endgültige Abrechnung des vergangenen Jahres wieder zu einer Rückbuchung von zuvor an den RPJ überwiesenen Mitteln führen, die entstandene Kosten durch nicht durchgeführte Projekte weiter mindern wird.

Auch wenn die Ausnutzung der Projektmittel verbessert wurde, ist sie mit etwa 70 Prozent zu gering, weshalb für das neue Jahr weniger und dafür größere Veranstaltungen mit mehr Unterstützung des Landesverbandes geplant wurden.

Während des gesamten Jahres wurden die Kreisvorsitzenden und Organisatoren über die Möglichkeiten und das Verfahren mit der Projektförderung des RPJ unterrichtet. Neben Hilfe bei der Abrechnung und der Kommunikation mit dem RPJ stand dieses Jahr eine bessere Planung der Anträge für mich im Vordergrund. Meine Position als Schnittstelle zwischen RPJ und JuLiA habe ich weitgehend erfüllen können: Sachberichte, Anträge und so weiter, vieles ging über meinen Schreibtisch – Trotz der Vielzahl der Anträge habe ich versucht, den bestmöglichen Überblick zu behalten und die betreffenden Personen und den Landesvorstand entsprechend zu informieren. Ich habe stets versucht, auf die Fragen der Mitglieder einzugehen, und hoffe, dass weiter an einer Verbesserung der Kommunikation zwischen Kreisverbänden und dem RPJ-Beauftragten hingewirkt wird.

Viele Grüße,
Rudi

Rechenschaftsbericht des Beisitzer für Kreisverbandsarbeit

Martin Bahrmann

Fragt man mich, was ich in den letzten Jahren so im Landesvorstand getrieben hab, so fallen mir zwei Dinge ein, die für meinen Aufgabenbereich relevant gewesen sind und viele, viele andere Erinnerungen ein, die nur mehr oder weniger etwas damit zu tun hatten. Natürlich bleibt am Ende einer Amtszeit auch die eine Frage übrig: Wie schreibe ich darüber eine Zusammenfassung ohne das der Newsletter zu einem Geschichtsbuch wird? Ich hoffe in diesem Falle gelingt mir das!

Ihr werdet euch nun sicher Fragen, warum ich diesen Artikel schreibe. Nun Ja es ist so. Auf Grund meiner immer näher rückenden Abschlussarbeit für meinen Master, habe ich mich entschieden dieses Jahr nicht noch einmal als Beisitzer anzutreten. Momentan lastet mich die Uni komplett aus und lässt leider nicht allzu viel Freiraum für zusätzliche Aufgaben. Sobald ich aber aus diesem Stress raus bin, werde ich der JuliA aber gern wieder mit Freude zur Verfügung stehen.

Betrachte ich nun aus der heutigen Sicht meine Zeit im Landesvorstand kann ich nur sagen: Es ist eine Menge spannendes Zeug passiert. In meinem Aufgabenbereich als Kreisverbandsbetreuer begann meine Amtszeit mit einer Kreisverbandsneugründung und endet nun (vorerst) wieder mit einer Kreisgründung. In beiden Fällen war ich wohl so etwas wie ein Geburtshelfer.

Mit Hilfe vieler engagierter JuliAner und JuLis entstanden die Kreisverbände Meißen und vor kurzem erst der JuliA KV Leipziger Land – Muldental, dessen Mitglieder ich nochmals viel Erfolg und Mut wünsche.

Auch für alle anderen Kreisvorsitzenden und Verbände war ich immer undjederzeit (auch mitten in der Nacht) ein Ansprechpartner. Auch auf meinen Vorschlag hin wurde die Landesvorstandssitzung um die eLaVoSi erweitert. Mit der quartalsweisen Wanderung des Landesvorstandes in die Kreise konnte der direkte Kontakt zu den Mitgliedern vor Ort merklich verbessert werden.

Ihr erinnert euch sicher auch an die T-Shirts, welche wir zur Demonstration gegen die Linke und Ihre Konferenz zum Thema „Der Herbst 1989 – Wir sind das Volk“ getragen haben. Auch daran hatte ich einen großen Anteil. Zum Dank wurden Sven und ich dann mit den Worten eines Altlinken: „Hätte die Stasi früher ordentlich gearbeitet würde es dich heute nicht geben“ bedacht. Das war ein Erlebnis, was mir für immer in Erinnerung bleiben wird.

In Erinnerung bleiben mir aber auch die vielen Interessanten Gespräche. Sei es mit anderen Landesvorsitzenden oder auch mit den Mitgliedern anderen Landesverbänden und natürlich die tollen Lako Partys.

Für die zukünftige Arbeit des Landesvorstandes und der Kreisverbände hoffe ich, dass die Kommunikation untereinander weiter verbessert wird. Man darf nicht vergessen, dass beide hierbei Partner sind,

die sich letztendlich als politische Jugendorganisation geint nach außen präsentieren müssen. Ich hoffe auch, dass die eLaVoSis in Zukunft, egal wo diese gerade stattfinden, von allen Kreisvorsitzenden oder zumindest von deren Stellvertretern besucht werden. Man kann nur über die Probleme vor Ort reden und diese lösen, wenn man sie kennt. Ich hoffe natürlich auch, dass der Beisitzer mit dem Aufgabenbereich der Kreisverbandsbetreuung weiter existiert und durch eine(n) engagierte(n) und fähige(n) Jungliberale(n) besetzt wird. Ein Paar neue JuliA / Julis Kreisverbände wären am Ende natürlich auch nicht schlecht ;) Es gibt leider noch einige weiße Flecken auf der Landkarte.

Ich wünsche allen neuen Vorstandsmitgliedern viel Durchhaltevermögen und Kraft für dieses Amt!

Viele Grüße,
Martin Bahrmann

Rechenschaftsbericht der Kooptierten Mitglieds für den Bereich Presse

Christoph Huebner

Am 24.10. hat mich der Landesvorstand kooptiert und mit der Aufgabe betraut, vorübergehend bis zum nächsten Landeskongress die Pressearbeit der JuliaA zu übernehmen. Seitdem haben wir diese Meldungen vom Stapel gelassen:

„Mehrwertsteuer: Einfach und gerecht“ (29.10.) - zum Antrag der JuliaA auf dem Landesparteitag der FDP in Hartha

„Förderung nur für Verfassungsfreunde“ (10.11.) - dabei ging es um einen Verein, der den Sächsischen Demokratiepreis nicht annehmen wollte, weil es sich sonst in einer Erklärung schriftlich zur Verfassung hätte bekennen müssen. Diese Meldung haben die Koalitionsfraktionen fast gleichlautend am 9. Dezember aufgenommen.

Die größte Wirkung entfaltete eine von mir im Landesvorstand initiierte Aktion mit dem Titel „Kirchenschulden jetzt beziffern“ (16.11.). Damit waren wir am 18. November im Fernsehen – mit einem Beitrag im „Sachsenpiegel“ des Mitteldeutschen Rundfunks.

Am 13.12. haben wir eine freche Pressemitteilung mit dem Titel „Bundesweit einheitliches Abitur jetzt“ herausgegeben, nachdem sich Sachsen in der Kultusministerkonferenz mit vier weiteren Ländern zusammengetan hat, um „im Schildkrötentempo auf den Ansatz einer gemeinsamen Abiturprüfung hinarbeiten“. Darin haben wir den CDU-Kultusminister aufgefordert, „sich nicht auf diesen mickrigen Lorbeeren auszuruhen, sondern das Konzept so lange zu verbessern, bis die anderen elf Länder auch endlich aus den Puschen kommen und mitmachen.“

Ein besonderes Augenmerk habe ich auf die Pflege, Weiterentwicklung und Segmentierung des Presseverteilers gelegt. Denn mein Ziel war es im Wesentlichen, dem nächsten Pressesprecher ein gut vorbereitetes Feld zu übergeben.

Mit besten Grüßen,
Christoph Huebner

Anträge zur Satzung



1 **Satzungsänderungsantrag 01**

2

3 Antragsteller: Jungliberale Aktion Dresden

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Ersetze im §5 Abs. 2 der Landessatzung

8

9 „... die für zwölf oder mehr Monate fälligen Beiträge trotz Mahnung nicht bezahlt hat.“

10

11 durch

12

13 „... die für sechs oder mehr Monate fälligen Beiträge trotz drei Mahnungen nicht bezahlt
14 hat. Die Mahnungen müssen im Abstand von mindestens zwei Wochen an das nicht
15 zahlende Mitglied gesendet werden.“

16

17 *Begründung:*

18

19 Bisher ist es im Falle der Beitragsvernachlässigung eines Mitglieds erst nach einem Jahr möglich,
20 das betreffende Mitglied auszuschließen. Dieser Zeitraum wird auf die angemessenere Spanne
21 von sechs Monaten gekürzt. Ferner wird das Mahnwesen präzisiert, welches im Falle der Nicht-
22 Beitragszahlung angewendet werden muss. Erst dann kann ein Ausschluss erfolgen.

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Satzungsänderungsantrag 02**

2

3 Antragsteller: Jungliberale Aktion Dresden

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Ersetze im §5 Abs. 3 der Landessatzung

8

9 „Über die Verhandlungen des Landesvorstandes ist ein Protokoll anzufertigen. Der Landes-
10 vorstand fertigt die Entscheidung aus und stellt sie den Verfahrensbeteiligten zu.“

11

12 durch

13

14 „Liegt ein Verstoß gegen die Beitragspflicht eines Mitglieds nach §5 (2) vor, hat der
15 jeweilige Inhaber der Beitragshoheit das Recht, das betreffende Mitglied auszuschließen.
16 Über die Verhandlungen ist ein Protokoll anzufertigen. Die Entscheidung ist anzufertigen
17 und den Verfahrensbeteiligten zuzustellen.

18

19 *Begründung:*

20

21 Bis jetzt muss jeder Ausschluss eines Mitglieds durch den Landesvorstand bestätigt werden. Eini-
22 ge Kreisverbände verfügen inzwischen aber selbst über die Finanzhoheit. Damit die betreffenden
23 Kreisverbände künftig unkomplizierter Mitglieder im Falle der Nichtzahlung ihrer Beiträge nach
24 einem satzungsgemäßen Mahnverfahren ausschließen können, soll der betreffende Kreisverband
25 das Recht zum Ausschluss erhalten.

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

Sachanträge

<i>Nr.</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Antragsteller</i>	<i>Seite</i>	<i>AMV</i>
01	Positionen zum Zensusgesetz 2011	Landesvorstand	25	___
02	Alex-Müller-Verfahren bei der FDP einführen	Landesvorstand	26	___
03	Ärztemangel	JuLis Leipzig	27	___
04	Lehrermangel aktiv bekämpfen – Quereinstieg fördern	JuLis Chemnitz	30	___
05	Reform der Arbeitnehmerüberlassung	Markus Klemm	31	___
06	Zustimmung zur Gründung eines JuliA Kreisverbandes „Landkreis Leipzig“	Toni Krohm, Steve Görnitz, Matthias Scheurich	32	___
07	„Schülerfeedback“ im Lehramtsreferendariat	JuLis Chemnitz	33	___
08	Englisch hat oberste Priorität	JuLis Chemnitz	34	___
09	Rechtsextremismus in Sportvereinen aktiv bekämpfen	JuLis Chemnitz	35	___
10	Numerus Clausus an der TU Chemnitz beibehalten!	JuLis Chemnitz	36	___
11	Modernisierung der Verhandlungsprotokollierung bei Gericht	JuliA Erzgebirge	37	___
12	Richterliche Sondervoten in Deutschland zulassen	JuliA Erzgebirge	38	___
13	Glücksspielstaatsvertrag nicht ersetzen	JuLis Leipzig	39	___
14	Company statt Quote – Das Unternehmen entscheidet über sein Personal	Alex Hausmann, Sven Herbst, Max Pätz, Christoph Huebner	41	___
15	Beendigung des europäischen INDECT Forschungsprojekts	Markus Klemm	42	___
16	Bundeskongress 2012 in Leipzig	JuLis Leipzig	45	___
17	Etwa vierzig Prozent Menschenquote jetzt!	Rudi Ascherl, Christoph Huebner	46	___

1 **Antrag 01: Positionen zum Zensusgesetz 2011**

2

3 *Antragsteller: Landesvorstand Jungliberale Aktion Sachsen*

Ja

Nein

Enthaltung

Angenommen

Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen lehnt die Umsetzung des Zensusgesetzes 2011 in seiner jetzigen
8 Form ab.

9

10 Wir erkennen zwar die grundsätzliche Legitimität der Erhebung von Bevölkerungsdaten an, sehen
11 aber Missbrauchsgefahren, die durch ein solches Vorhaben entstehen.

12

13 Wir fordern daher im Einzelnen:

14

15 • Eine echte, unumkehrbare Anonymisierung der erhobenen Daten. Diese muss unbedingt
16 unmittelbar nach Erhebung bzw. Zusammenführung der Daten erfolgen.

17

18 • Die geplante Speicherdauer der sogenannten „Hilfsmerkmale“ für vier Jahre lehnen wir
19 entschieden ab. Nicht anonymisierte Daten dürfen auf keinen Fall elektronisch erfasst
20 werden.

21

22 • Der Umfang der erhobenen Daten soll nicht über den von der EG-Verordnung vorgeschrie-
23 benen Umfang hinausgehen. Das bedeutet zum Beispiel die Streichung von Fragen nach
24 der Religionszugehörigkeit.

25

26 • Die Nichtanwendung von §23 BstatG durch Einführung einer dem Zensusgesetz spezifi-
27 schen Bußgeldvorschrift bei einem Verstoß gegen die Auskunftspflicht. Die Bußgeldgrenze
28 von 5000€ ist unverhältnismäßig hoch und sollte sich vielmehr an der Bußgeldgrenze und
29 Rechtspraxis bei Verstößen gegen die Meldepflicht orientieren.

30

31 • Wir wenden uns entschlossen gegen die Möglichkeit durch Landesrecht Bürger gegen
32 ihren Willen als Erhebungsbeauftragte zu verpflichten. Eine Erlaubnis für die Erhebungs-
33 beauftragen bei Nichtantreffen der zu Befragenden Familienangehörige, Minderjährige
34 oder Nachbarn zu befragen lehnen wir ab.

35

36 *Begründung:*

37

38 Erfolgt mündlich.

39

40

1 **Antrag 02: Alex-Müller-Verfahren bei der FDP Sachsen einführen**

2

3 Antragsteller: Landesvorstand Jungliberale Aktion Sachsen Ja Nein Enthaltung
4 Angenommen Abgelehnt

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Der Landesvorstand der Jungliberalen Aktion Sachsen wird aufgefordert zum nächsten FDP-Lan-
8 desparteitag einen Satzungsänderungsantrag, zur Einführung des Alex-Müller-Verfahrens, mit
9 dem folgenden Wortlaut einzubringen:

10

11

12 Der Landesparteitag möge beschließen:

13 Die Geschäftsordnung der FDP Sachsen wird wie folgt ergänzt:

14 §9 Anträge

15 [...]

16 (7) Die Reihenfolge, in der Sachanträge vom Landesparteitag behandelt werden, wird von
17 diesem vor Beginn der Antragsberatung nach dem sogenannten „Alex-Müller-Verfahren“
18 festgelegt:

19 Jeder Delegierte kann Stimmen für verschiedene Anträge abgeben. Die Höchstzahl der zu
20 vergebenden Stimmen wird von der Antragskommission festgelegt, die bei der Festlegung
21 insbesondere die Anzahl der gestellten Anträge zu berücksichtigen hat. Das Kumulieren
22 der Stimmen ist unzulässig. Die Anträge werden dann in absteigender Reihenfolge nach
23 der auf sie entfallenen Stimmanzahl behandelt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die An-
24 tragskommission. Ein einziger Leitantrag des Landesvorstandes kann unabhängig von der
25 ermittelten Reihenfolge behandelt werden. Wenn die Anzahl der Sachanträge (inklusive
26 Leitanträgen) kleiner als fünf ist, kann die Antragskommission auf die Anwendung des Ver-
27 fahrens verzichten.

28

29

30 *Begründung:*

31

32 Erfolgt mündlich.

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 03: Ärztemangel**

2

3 *Antragsteller: Junge Liberale Leipzig* Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die immer schlechter werdende gesundheitliche Versorgung des ländlichen Raumes ist nur der
8 Anfang der personellen Probleme im Gesundheitswesen. Bereits heute tritt die zunehmende Ver-
9 knappung von Fachärzten immer deutlicher zu Tage, heute nur in einigen Fachgebieten wie Au-
10 genheilkunde, aber schon in sehr naher Zukunft auch in anderen und mehr Disziplinen.

11

12 Wir dürfen nicht länger die Augen vor den Ursachen des tatsächlich zugrundeliegenden Problems
13 verschließen: Der Landärztemangel ist die erste Manifestation eines allgemeinen Ärztemangels.
14 Die Regierung muss dies und die Vielfältigkeit der Ursachen endlich anerkennen.

15

16 Viele der bisher ins Feld geführten Lösungsvorschläge genügen selbst einfachen Überlegungen
17 nicht: Die Abschaffung der zentralen Vergabestelle für Studienplätze ändert nichts an der zu ge-
18 ringen Studienplatzzahl. Studienanwärtern, die sich verpflichten später auf dem Land zu arbeiten,
19 einen einfacheren Einstieg ins Studium zu ermöglichen oder Stipendien für Studenten, die selbi-
20 ges versprechen, führen ebenfalls unterm Strich nicht zur Lösung des Mangels, sondern nur zu
21 dessen Verschiebung. Die Julia Sachsen fordert daher seit ihrem Landeskongress im Oktober 2009
22 in Dahlen, die Anzahl der Medizinstudienplätze zu erhöhen.

23

24 Die Tatsache, dass von 11 000 Studienanfängern nur 6 500 in Feldern der heilenden Medizin arbei-
25 ten, ist jedoch symptomatisch für die grassierenden Probleme im Gesundheitswesen: Überregu-
26 lierung, Bürokratie, Arbeitszeitbeschränkungen, schlechte Planungssicherheit und vergleichswei-
27 se geringe Bezahlung machen eine Karriere bei Krankenkassen, in der Pharmaindustrie oder im
28 Ausland attraktiv.

29

30 Eine faire, leistungsabhängige Bezahlung, die rationale Diagnose und Therapie mit dem Ziel ge-
31 sunder Patienten bevorteilt, ist der erste Schritt, den Landarztberuf gegenüber anderen Fachge-
32 bieten wieder aufzuwerten. Das Gespräch und die Untersuchung müssen in der Vergütung besser
33 berücksichtigt werden, denn sie können langwierige und kostspielige Diagnostik und Fehler in
34 der Behandlung vermeiden. Absichtliche Fehler in der Abrechnung mit den Krankenkassen müs-
35 sen strenger verfolgt werden. Dennoch dürfen notwendige Behandlungen nicht verwehrt werden,
36 weil sie nicht erstattungsfähig sind.

37

38 >>> **BITTE UMBLÄTTERN! ANTRAG FÜHRT AUF NÄCHSTER SEITE FORT!** <<<

39

40

1 Weniger Papier- und mehr Patientenkontakt ist eine Forderung vieler Mediziner, die es zu über-
2 nehmen gilt. In den letzten Jahren erweckten viele neue Dokumentationspflichten erwecken den
3 Eindruck von der Erkenntnis geleitet zu sein, ein Arzt am Schreibtisch verursache weniger Kosten.
4 Der Arzt soll nicht für die Krankenkasse, sondern für seine Kollegen dokumentieren. Das Einfordern
5 von immer umfangreicheren Qualitätsberichten führte ebenfalls zu einer massiven Erhöhung des
6 Verwaltungsaufwandes, der auf ein verträgliches Maß reduziert werden muss.

7
8 Jede Regierung der letzten Jahrzehnte produzierte mindestens eine Reform des Gesundheitswe-
9 sens. Keine der Änderungen vermochte jedoch bisher Verbesserungen herbeizuführen. Vielmehr
10 stellen die beständigen Ände-rungen selbst ein Problem dar: Niedergelassene Ärzte sind Unter-
11 nehmer, die eine Vielzahl von gesetzlichen und vertraglichen Bedingungen erfüllen müssen. Wie
12 in allen Branchen haben viele Entscheidungen, die getroffen werden müssen, langfristige Wir-
13 kung. Ständige Eingriffe bringen schließlich auch die beste Planung irgendwann zu Fall. Die hohen
14 Investitionen sind für viele junge Ärzte angesichts der geringen Planungssicherheit ein Grund sich
15 gegen eine Praxisübernahme oder -neugründung zu entscheiden. Diese Problematik betrifft an-
16 ders, aber häufig in gleichem Umfang die Krankenhäuser. Die Forderung, entweder endlich rich-
17 tungsweisende Änderungen durchzuführen oder nicht länger das System bei laufendem Betrieb
18 zu stören, und so endlich einen klaren Rahmen für eine Arbeit zu schaffen, die sich nicht primär um
19 Berichte und Zahlen dreht, ist daher in unseren Augen nicht vermessen.

20
21 Die Beschränkung der Arbeitszeit ist eine der vorrangigen Ursachen des Ärztemangels. Der jetzige
22 Ärztemangel ist ein Mangel an Arbeitskraft, die unter standardisierten Bedingungen vereinfacht
23 als Produkt von Arbeitszeit und Anzahl der Beschäftigten zu begreifen ist. Der jetzige Mangel an
24 Arbeitskraft ist in diesem Modell vor allem der wenigen (bezahlten) Arbeitsstunden geschuldet.
25 Würde man deren Zahl durch ein Aufweichen der Beschränkungen, die auch den Organisations-
26 aufwand vervielfacht haben, erhöhen, stünde sofort viel mehr Arbeitskraft zur Verfügung, die den
27 Mangel zu einem großen Teil ausgleichen kann. Allerdings muss in diesem Szenario die Bezahlung
28 angepasst werden: Wer vor der Wahl zwischen acht Stunden Schreibtisch oder den heute üblichen
29 zehn bis zwölf Stunden in der Klinik oder in der Praxis und auf Hausbesuchen bei deutlich schlech-
30 terer Bezahlung steht, muss zugeben, dass eine Entscheidung gegen den Arztberuf begründbar
31 wird.

32
33 Wenn die Situation an einigen Orten zu prekär wird, muss lokal über das Ausloben von Förderun-
34 gen im Idealfall in Form von Sachleistungen nachgedacht werden. Gerade bei Praxisübernahmen
35 kann damit der Übergang auf die nächste Generation erleichtert werden. Dieses Instrument muss
36 jedoch sparsam eingesetzt und durch einen Strukturausgleich gemeinsam mit den Krankenkas-
37 sen finanziert werden.

38
39 >>> **BITTE UMBLÄTTERN! ANTRAG FÜHRT AUF NÄCHSTER SEITE FORT!** <<<

40

1 Gerade in den Krankenkassen geht durch mangelhafte Digitalisierung und Optimierung von Ar-
2 beitsprozessen, durch zweifelhafte Ausgaben für Außenwirkung und Lobbyarbeit ein nicht unbe-
3 deutender Teil der erhobenen Beiträge verloren. Ein freier Wettbewerb zwischen den Kassen muss
4 die leistungsfähigsten Betriebe zutage fördern. Stellenabbau durch Automatisierung und andere
5 Optimierungen darf nicht verhindert werden. Ziel muss die Finanzierung der Krankenversorgung
6 und Prävention sein.

7

8 Abschließend muss man sich den Herausforderungen durch den steigenden Frauenanteil in der
9 Ärzteschaft endlich stellen. Wo keine passenden Betreuungsangebote vorgehalten werden, kön-
10 nen junge Ärztinnen mit Kinderwunsch nicht lange arbeiten. Krankenhäuser und Gemeinden
11 werden um die Einrichtung von flexiblen und umfassenden Angeboten nicht umhinkommen: Ein
12 Großteil der Neuimmatrikulierten ist weiblich.

13

14 *Begründung:*

15

16 Erfolgt mündlich.

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 04: Lehrermangel aktiv bekämpfen – Quereinstieg fördern**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Bereits 2014 werden besonders den Grund- und Mittelschulen hunderte Lehrkräfte fehlen. Man-
 8 gelhafte Schulqualität und das Problem des Lehrermangels sind Thema in den Medien und in der
 9 Bildungsverwaltung.

10

11 Die JuliA Sachsen fordert die sächsische Landesregierung auf, den Lehrermangel aktiv zu bekämpfen.

12 Die JuliA Sachsen fordert:

13

14 1. Pensionäre, Lehramtsstudenten, Hochschulabsolventen und Quereinsteiger ohne pädagogische
 15 Ausbildung sollen für den Unterricht in Mangelfächern, beispielsweise Mathematik und Informa-
 16 tik, gewonnen werden.

17 Im Sinne der Qualitätssicherung sollen Quereinsteiger zumindest eine zweijährige schulprakti-
 18 sche Ausbildung absolvieren, eine entsprechende pädagogische Qualifikation erwerben oder eine
 19 Ausbildungseignungsprüfung vorweisen.

20

21 2. Die gegenseitige Anerkennung von Lehramtsprüfungen der Länder soll forciert werden. Damit
 22 soll die Freizügigkeit erhöht und die Mobilität von Lehrern gefördert werden.

23

24 3. Lehramtsstudiengänge an der TU Dresden sollen weiterhin bestehen. In das Studienprogramm
 25 der TU Chemnitz sollen Lehramtsstudiengänge wieder aufgenommen werden.

26

27 4. Um die Lehrtätigkeit effizienter zu gestalten sollen Verwaltungsstrukturen gestrafft und der kon-
 28 krete Arbeitsaufwand von Lehrkräften im Verwaltungsapparat festgestellt und ggf. gekürzt werden.

29

30 Bestehende Hierarchien müssen finanzielle Anreize haben. Die Verantwortung in Leistungsposi-
 31 tionen muss sich lohnen. Systematische Laufbahnplanung muss möglich sein und verhindert das
 32 Abwandern in „attraktivere“ Berufe.

33

34 *Begründung:*

35

36 Erfolgt mündlich.

37

38

39

40

1 **Antrag 05: Reform der Arbeitnehmerüberlassung**

2

3 *Antragsteller: Markus Klemm*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen erkennt die Notwendigkeit von flexibleren Möglichkeiten der Un-
8 ternehmen, Bedarfsschwankungen auch im Personalbestand ausgleichen zu können.

9

10 Dies zeigt auch der intensive Gebrauch des Instruments Zeitarbeit bzw. der Arbeitnehmerüberlas-
11 sung der Unternehmen an, besonders seit der Gesetzesänderung vom 01.01.2004.

12

13 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Streichung der Passage: „Ein Tarifvertrag kann ab-
14 weichende Regelungen zulassen. Im Geltungsbereich eines solchen Tarifvertrages können nicht
15 tarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Anwendung der tariflichen Regelungen ver-
16 einbaren.“ im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz - AÜG § 3 Abs. 1 Nr. 3 und § 9 Nr. 2; sowie die
17 Wiedereinführung der Überlassungshöchstdauer; des Synchronisationsverbots und der Wieder-
18 einstellungssperre.

19

20 *Begründung:*

21

22 Da es bei der Behandlung der langen Version dieser Idee zum letzten Landeskongress vor allem
23 ungestellte Fragen und keine Debatte gab, wird die Begründung ausführlich mündlich und leicht-
24 ter verständlich erfolgen.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 06: Zustimmung zur Gründung eines JuliA Kreisverbandes „Landkreis Leipzig“**

2

3 Antragsteller: Matthias Scheurich, Toni Krohm, Steve Görnitz Ja Nein Enthaltung
4 Angenommen Abgelehnt

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Der Landeskongress der JuliA Sachsen stimmt der Neugründung eines JuliA-Kreisverbandes „Land-
8 kreis Leipzig“ gemäß § 6 Abs. 2 der JuliA-Landessatzung zu.

9

10 *Begründung:*

11

12 Mit der Gründung bezwecken wir die verbesserte Vor-Ort-Arbeit der Jungliberalen, um die libe-
13 rale Idee im Landkreis Leipzig aktiv zu unterstützen und zu verbreiten, auch um eine politische
14 Alternative zu Rechts und Links zu bieten. Ein Gründungsprotokoll wurde angefertigt.

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 07: „Schülerfeedback“ im Lehramtsreferendariat**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert das Sächsische Staatsministerium für Kultus und Sport
8 auf, ein Konzept für ein „Schülerfeedback“ in der zweiten Ausbildungsphase von Lehrern (Referen-
9 dariat) zu erarbeiten. Dabei plädieren wir für Fragebögen, auf denen die Schüler ihre Referendare
10 bewerten sollen. Ein Beauftragter der Bildungsagentur Sachsen lässt die Fragebögen an Schulen
11 verteilen und erhält sie zurück, um diese dann professionell auszuwerten.

12

13 Allerdings sollte der Inhalt des Schülerfeedbacks keinen direkten Einfluss auf die Bewertung des
14 jeweiligen Lehrers nehmen. Die JuliA Sachsen sieht die Bewertung lediglich als Motivation für den
15 Referendar und fordert, die Auswertung der Fragebögen dem Referendar zukommen zu lassen. So
16 wird der Referendar mit der Meinung seiner Schüler direkt konfrontiert.

17

18 Bei der Vergabe des Staatsexamens sollte das Schülerfeedback informativen Charakter haben und
19 auf die Bewertung und Note keinen direkten Einfluss nehmen.

20

21 *Begründung:*

22

23 Erfolgt mündlich.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 08: Englisch hat oberste Priorität**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Ab Klasse 6 müssen Schüler der sächsischen Gymnasien neben Englisch eine zweite Fremdsprache
8 wählen. Diese wird in der gymnasialen Oberstufe ab der 11. Klasse mit 3 Wochenstunden gelehrt.

9 Die Jungliberale Aktion Sachsen betrachtet dies vor dem Hintergrund, dass der Grundkurs Englisch
10 nur mit zwei Wochenstunden gelehrt wird, als falsche Prioritätensetzung. Deshalb fordern wir, die
11 Stunden der zweiten Fremdsprache mit Englisch zu ersetzen, wenn dies vom Schüler gewünscht
12 ist. So können die Schüler ihre Sprachkenntnisse in Englisch besser ausbauen.

13

14 Zudem fordert die JuliA Sachsen die Englischausbildung von Lehrern in Sachsen zu verbessern.

15

16 *Begründung:*

17

18 Erfolgt mündlich.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 09: Rechtsextremismus in Sportvereinen aktiv bekämpfen**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert das Sächsische Staatsministerium für Kultus und Sport so-
8 wie die Bürgerinnen und Bürger auf, den Rechtsextremismus in Sportvereinen aktiv zu bekämpfen.
9 Vereine sind oftmals überfordert, wenn ehrenamtliche Helfer fehlen und sich Rechtsextreme als
10 „freundliche Helfer“ tarnen, dann aber ihr ideologisches Gedankengut an Kinder und Jugendliche
11 weitergeben. Das Ziel Rechtsextremer ist hierbei, Jugendliche zu missionieren und zu rekrutieren.
12 Sie schleichen sich als Trainer oder Funktionäre in Sportclubs ein, organisieren Freizeitangebote
13 für Jugendliche oder gründen sogar eigene Vereine.

14

15 Viele Amateurclubs schieben die Probleme oft zur Seite. Einige Vereine sind schlicht überfordert.
16 Die JuliA Sachsen fordert einerseits Bürgerinnen und Bürger auf, sich intensiver in Sportverei-
17 nen zu engagieren, Zivilcourage zu zeigen und nicht den Rechtsextremen das Feld zu überlas-
18 sen. Beispielsweise sollten mehr Bürgerinnen und Bürger für Vorstandsposten in Sportvereinen
19 kandidieren. Andererseits fordern wir das Sächsische Staatsministerium für Kultus und Sport auf,
20 Sportvereine für das Thema stärker zu sensibilisieren, zu Wachsamkeit aufzurufen und Ihnen die
21 notwendige Unterstützung zu geben. Die JuliA Sachsen plädiert für die Einrichtung kommunaler
22 Anlaufstellen für Vereine. Ein Ansprechpartner kann betroffenen Vereinen Hilfestellungen geben
23 und in Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium für Kultus und Sport den betreffenden Sport-
24 verein unterstützen. So kann den Vereinsmitgliedern die Angst genommen werden, das Problem
25 des Rechtsextremismus im eigenen Verein zu verschweigen.

26

27 *Begründung:*

28

29 Erfolgt mündlich.

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 10: Numerus Clausus an TU Chemnitz beibehalten!**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die JuliA Sachsen zeigt sich bestürzt darüber, dass die Technische Universität Chemnitz zum Win-
8 tersemester 2011/12 jegliche Zulassungsbeschränkungen der Studiengänge abschaffen will. Wir
9 halten das für die falsche Lösung und plädieren für die Beibehaltung des Numerus Clausus. Daher
10 fordern wir das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst auf, die TU Chemnitz
11 an jeglichen Bestrebungen, die die Abschaffung des Numerus Clausus bedeutet, zu hindern. Die
12 JuliA Sachsen befürchtet, dass mit einer Abschaffung der Zulassungsbeschränkungen einige Stu-
13 diengänge kollabieren und der Lehrbetrieb nicht mehr professionell durchgeführt werden kann.

14

15 *Begründung:*

16

17 Erfolgt mündlich.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 11: Modernisierung der Verhandlungsprotokollierung bei Gericht**

2

3 Antragsteller: Jungliberale Aktion Erzgebirge

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich für eine Modernisierung der Protokollführung bei
8 Gerichtsverhandlungen aus.

9

10 Danach ist die bisherige Praxis, den Verhandlungsablauf – insbesondere Beweisaufnahmen und
11 Zeugenaussagen – durch einen Protokollanten, bzw. den Vorsitzenden selbst schriftlich abzufas-
12 sen, schrittweise durch Videoaufzeichnungen zu ersetzen.

13

14 Dazu bedarf es einer entsprechenden technischen Ausstattung der Gerichte.

15

16 Die Zivilprozessordnung, die Strafprozessordnung, die Verwaltungsgerichtsordnung, das Arbeits-
17 gerichtsgesetz, die Finanzgerichtsordnung, das Sozialgerichtsgesetz sowie das Bundesverfas-
18 sungsgerichtsgesetz sind entsprechend zu ändern.

19

20 *Begründung:*

21

22 Erfolgt mündlich.

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 12: Richterliche Sondervoten in Deutschland zulassen**

2

3 Antragsteller: Jungliberale Aktion Erzgebirge

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Einführung von richterlichen Sondervoten seitens der
8 Berufsrichter (dissenting opinion und concurring opinion) im deutschen Gerichtsverfassungs-
9 recht. Dies hat mit der Bekanntgabe des Stimmergebnisses im Richterkollegium einherzugehen.
10 § 43 DRiG ist entsprechend zu ändern, die Prozessordnungen sind anzupassen.

11

12 *Begründung:*

13

14 Erfolgt mündlich.

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 13: Glücksspielstaatsvertrag nicht ersetzen**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Leipzig*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungen Liberalen Leipzig begrüßen die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, den deut-
 8 schen Glücksspielstaatsvertrag außer Kraft zu setzen. Die Staatsmonopolisierung dieser Einnah-
 9 mequelle hat damit ein Ende gefunden.

10

11 Wir fordern die Landesregierungen auf, keinen Ersatz zu schaffen. Stattdessen sollen sie zunächst
 12 beobachten, ob der Markt tatsächlich einer Regulierung bedarf oder ob die neue Freiheit nicht
 13 eher einen Nährboden für innovative, bisher unerlaubte Geschäftsmodelle (z.B. Hausverlosungen)
 14 bietet. Bisher höchstens halblegale Angebote (zum Beispiel von Online-Casinos mit maltesischer
 15 oder zypriotischer EU-Glücksspiellizenz) zeigen, dass sich die Nachfrage ein Angebot schafft. Diese
 16 Anbieter müssen entkriminalisiert werden.

17

18 *Vermeintlich mehr Vertrauen durch staatliche Anbieter*

19

20 Wir glauben an den mündigen Konsumenten und sein Urteilsvermögen darüber, welcher Anbieter
 21 seriös ist und welcher nicht. Selbst im Internet geben die Konsumenten bei privaten Onlineshops
 22 und in ausländischen Online-Casinos genug Geld aus, um zu beweisen, dass ein Staatsbetrieb
 23 nicht das einzige Mittel ist, Verbrauchervertrauen zu schaffen.

24

25 *Jugendschutz*

26

27 Wir halten ein Verbot von Glücksspiel für Minderjährige nicht für notwendig, da Rechtsgeschäfte
 28 mit Minderjährigen ohnehin schwebend unwirksam sind. In das Risiko der Rückabwicklung eines
 29 Spiels auf Forderung der Eltern im Falle eines Spielverlustes wird sich kaum ein Anbieter einlassen
 30 und daher Minderjährige in seinem eigenen Interesse durch seine Geschäftsbedingungen vom
 31 Spiel ausschließen.

32

33 Darüber hinaus appellieren wir an die Verantwortung der Eltern zur Erziehung ihrer Kinder.

34

35 >>> **BITTE UMBLÄTTERN! ANTRAG FÜHRT AUF NÄCHSTER SEITE FORT!** <<<

36

37

38

39

40

1 *Spielsucht*

2

3 Regelungen zur Suchtprävention halten wir an dieser Stelle nicht für sinnvoll.

4 Hersteller von Waren mit Suchtpotenzial wie Alkohol- und Tabakproduzenten zeigen, dass sie ihre
5 Verantwortung erst nehmen und rufen mit eigenen Kampagnen zum maßvollen Konsum auf.

6

7 *Kontrolle des Spielbetriebes*

8

9 Eine eigenständige Aufsichtsbehörde für den Wett- und Glücksspielmarkt halten wir nicht für
10 notwendig. Wir sehen die Verantwortlichkeit für die Überwachung einschlägiger gewerberechtl-
11 cher Maßgaben bei den Gewerbeaufsichtsämtern. Störungen eines geordneten und fairen Spiel-
12 betriebs durch den Veranstalter (manipulierte Spielautomaten oder andersartige Beeinflussung
13 des Zufalls und der Gewinnwahrscheinlichkeiten) sind als Betrug bereits entsprechend gesetzlich
14 geregelt.

15

16 *Staatliche Spielbanken und Lotteriegesellschaften*

17

18 Bislang leisten Staatsbetriebe im Glücksspielmarkt einen erheblichen Beitrag zur Kultur- und
19 Sportförderung. Diese Art von Gewinnverwendung ist politisch motiviert und hat auf einem frei-
20 en Markt nichts zu suchen. Wir fordern die Privatisierung aller staatlichen Beteiligungen auf dem
21 Glücksspielmarkt. Eine mögliche Einführung von Sondersteuern lehnen wir ab und fordern zu-
22 dem die Abschaffung der Rennwett- und Lotteriesteuer.

23

24

25

26

27

28 *Begründung:*

29

30 Erfolgt ggf. mündlich.

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 14:** **Company statt Quote - Das Unternehmen entscheidet über sein Personal**

2

3 Antragsteller: Alexander Hausmann, Sven Herbst, Ja Nein Enthaltung
4 Maximilian Pätz, Christoph Huebner Angenommen Abgelehnt

5

6 *Der Landeskongress möge beschließen:*

7

8 Die Jungliberale Aktion Sachsen lehnt die Quotierung von Führungspositionen in Unternehmen
9 nach Geschlecht, ethnischer Herkunft oder Religion ab. Restriktive Maßnahmen wie beispiels-
10 weise eine Frauenquote stehen dem Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung sowie der unter-
11 nehmerischen Entscheidungsfreiheit diametral entgegen. Das Unternehmen selbst und nicht
12 der Staat legen die Kriterien zur Personalauswahl fest, um die gesteckten Unternehmensziele zu
13 erreichen.

14

15 *Begründung:*

16

17 In unserem Wirtschaftssystem ist jedes Unternehmen bestrebt, selbstdefinierte Ziele zu errei-
18 chen und auf lange Sicht Gewinne zu erzielen. Welches Personal für den gewünschten Erfolg
19 notwendig ist, weiß das Unternehmen selbst am besten und legt entsprechende Auswahlkri-
20 terien fest. Durch eine Quote wird diese Freiheit beschnitten. Sie fördert Mittelmaß, denn ein
21 Bewerber mit einem gerade unterrepräsentierten Merkmal wird bevorteilt. Nicht Kompetenz
22 und individuelle Eignung entscheiden über einen Posten, sondern eine Quote, die ggf. den besse-
23 ren Bewerber nach einem nicht zwingend relevanten Merkmal ausschließt. Über kurz oder lang
24 werden die Wirtschaftlichkeit und der Unternehmenserfolg darunter leiden.

25

26 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 15: Beendigung des europäischen INDECT Forschungsprojekts**

2

3 Antragsteller: Marcus Klemm

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen lehnt die Fortführung des, im Rahmen des FP7 (Seventh Framework
 8 Programme for Research and Technological Development) durch die Europäische Union geförderten,
 9 INDECT Projekts (Intelligent information system supporting observation, searching and detection
 10 for security of citizens in urban environmen) ab und fordert die FDP-Fraktion des Europaparlaments
 11 auf, sich ebenfalls für die Beendigung des Projekts einzusetzen.

12

13 *Begründung:*

14

15 Kurzfassung: Bei INDECT handelt es sich um ein Forschungsprojekt für die Datenerhebung und
 16 Datenaustausch, mit dem Ziel automatisch gefährliche Situationen zu erfassen und/oder zu mel-
 17 den, welche zu terroristischen Bedrohungen, schweren Straftaten führen oder auch verdächtiges
 18 Verhalten bzw. abnormales Verhalten im Allgemeinen.

19

20 Genauer handelt es sich bei INDECT um ein Forschungsprojekt um alle gegenwärtigen und zu-
 21 künftigen Informationsquellen, wie u.a.:

22

- 23 • Physische stationäre Überwachungskameras wie
 - 24 - Kameras in den Innenstädten/CCTV
 - 25 - Autobahnmautsystem/-brücken
- 26 • Mobile Kameras
 - 27 - Fliegende Drohnen /UAVs mit Kameras (wie z.B. bereits in Sachsen eingesetzt)
 - 28 - Kameras in Verkehrsmitteln
 - 29 - Mobile Mauterfassungssysteme
- 30 • Virtuelle Quellen wie
 - 31 - Internet über
 - 32 Suchmaschinen/eigene Crawler
 - 33 Soziale Netzwerke WWW im allg.
 - 34 Chats auch über IRC etc.
 - 35 - Behördennetzwerke wie
 - 36 Meldeamt/Melddaten
 - 37 Polizeidatenbanken z.B. INPOL
 - 38 Finanzamtdaten
 - 39 - Alle Medien wie Fotos und Videos über Wasserzeichen und Analyse

40 >>> **BITTE UMBLÄTTERN! DIE BEGRÜNDUNG FÜHRT AUF NÄCHSTER SEITE FORT!** <<<

1 • Daten durch Infrastruktur also „Handyortung“ bzw. Telekommunikation, Mautsystem

2

3 mit Hilfe von

4

5 • Automatischer Erkennung biometrischer Details wie z.B. Gesichter

6 • Autonome Erkennung von Mustern/Schrift Symbolen wie z.B. KFZ-Kennzeichen

7 • Softwaregestützter Linguistik und Algorithmen um Schlüsselwörter, Kontext und

8 Beziehungen zwischen den Kommunikationspartnern zu ermitteln

9 • Verknüpfung der Daten, z.B. personenorientiert

10

11 kurzum moderner Informatik, zu bündeln und auszuwerten.

12

13 Dadurch soll quasi alle „Sicherheitsrisiken“, wie Terrorismus, Kriminalität etc. bereits präventiv

14 verhindert werden, als auch das „abnormales Verhalten“, welches frei von den jeweiligen Polizei-

15 behörden als, voraussichtlich auch Geheimdienst, im Programm definiert werden kann, um dann

16 nicht nur als Auswertungspunkt genutzt zu werden, sondern auch bereits, ab z.B. einen gewissen

17 Schwellwert, gemeldet werden kann, für z.B. ein Ordnungsverfahren oder polizeiliche Intervention

18 (Kontrolle der Person, Fahrzeug etc.).

19

20 Um zu häufige Meldungen/Falschmeldungen zu unterbinden, kann dabei natürlich die Statistik

21 und Algorithmen eingesetzt werden, mit z.B. adaptive Schwellwerte, wie max. 10 Meldungen pro

22 Stunde in Stadt XY) oder Prioritäten.

23

24 Dies würde dazuführen, dass sich die Bevölkerung an das Überwachungssystem anpasst um nicht

25 „verdächtig“ zu sein, dazu kann z.B. gehören:

26

27 • Sitzen auf den Boden von Verkehrsmitteln

28 • Spontane Menschenansammlungen/Treffen

29 • Laufen in den Straßen

30 • Zielloses Umherschlendern

31

32 um nicht alleine des Ärgernisses einer Verkehrskontrolle, Personendurchsuchung/-Befragung,

33 Verzögerung, oder Ordnungsverfahren (z.B. unnötiges Umherfahren nach StVO oder Umweltver-

34 schmutzung durch weggeworfenen Kaugummi), zu riskieren.

35

36 Beteiligt sind mehrere Universitäten, u.a. die Bergische Universität Wuppertal als auch private

37 Unternehmen.

38

39 >>> BITTE UMBLÄTTERN! DIE BEGRÜNDUNG FÜHRT AUF NÄCHSTER SEITE FORT! <<<

40

1 Als Kontrollinstanz wurde ein Ethikrat eingerichtet, welcher allerdings auch festlegt welche Infor-
2 mationen an die Öffentlichkeit weitergegeben werden sollen bzw. dürfen.

3

4 Fazit: Da dieses Konzept, intransparent, unverhältnismäßig, ja direkt zum gläsernen Bürger und
5 somit gegen mehrere Grundrechte sowohl der BRD und EU verstößt und nur von einem demokra-
6 tisch nicht legitimierten Ethikrat kontrolliert wird, ist es einzustellen.

7

8 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 16: Bundeskongress 2012 in Leipzig**

2

3 *Antragsteller: Junge Liberale Leipzig*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen unterstützt den Kreisverband Leipzig bei seinem Vorhaben, den
8 Bundeskongress im Frühjahr 2012 in Leipzig durchzuführen.

9

10 *Begründung:*

11

12 Erfolgt mündlich.

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 17: Etwa vierzig Prozent Menschenquote jetzt!**

2

3 Antragsteller: Rudi Ascherl, Christoph Huebner

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich dafür aus, eine gesetzliche Regelung zu treffen, deren
8 Ziel es sein soll, bei der Besetzung aller Führungspositionen, im öffentlichen Dienst wie der Privat-
9 wirtschaft, eine Menschenquote in Höhe des natürlichen Logarithmus des Quotienten der Zahlen
10 3 und 2 anzustreben.

11

12 *Begründung:*

13

14 In der aktuellen Diskussion um Quotierungen kommt eine Gruppe zu kurz. Sie hat keine Fürspre-
15 cher, keine Interessenverbände, keine Arbeitskreise, kurzum keiner spricht für Sie. Die Gruppe
16 führt ein Schattendasein, dabei ergaben Schätzungen, dass sie einen nicht unbedeutenden Teil der
17 Bevölkerung ausmacht. Dabei ist ihre Gleichberechtigung explizit als Grundrecht festgeschrieben:
18 Alle MENSCHEN sind vor dem Gesetz gleich.

19

20 Die Quote von $\ln(3/2) \approx 0.4054651081081643819780131154$ ist dabei keinesfalls willkürlich ge-
21 wählt, die Antragsteller sind aber für weitere Vorschläge offen.

22

23 Dieser Antrag soll in Richtung Bundeskongress signalisieren, wie sich die JuliA Sachsen zu Quotie-
24 rungen jedweder Art positioniert.

25

26 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

Antragsänderungen & Dringlichkeitsanträge

Falls es bei einzelnen Anträgen vorab Änderungen vom Antragsteller gibt, bringt bitte die geänderte Version des Antrags in Papierform und geeigneter Anzahl zum Landeskongress mit. Gleiches gilt für Dringlichkeitsanträge.

Die Dringlichkeit eines Antrages wird vor Ort auf dem Landeskongress festgestellt. Ein bloßes Versäumen der Antragsfrist reicht hierfür erfahrungsgemäß nicht aus. Wird die Dringlichkeit eines Antrags festgestellt, so wird dieser in das Alex-Müller-Verfahren zur Festlegung der Antragsreihfolge aufgenommen.

Der Landesvorstand wünscht euch einen schönen Landeskongress und spannende programmatische Diskussionen. Für eure Fragen programmatischer und organisatorischer Art stehen euch natürlich die Mitglieder des Landesvorstandes gerne zur Verfügung.

Ansprechpartner

Landesvorsitzender – Marcus Viefeld
marcus.viefeld@julia-sachsen.de
Tel.: 0172 - 67 51 757

Organisation – Sven Herbst
sven.herbst@julia-sachsen.de
Tel.: 0173 - 38 86 249

Programmatisches – Christian Klauß
christian.klauss@julia-sachsen.de
Tel.: 0173 - 63 35 164

Pressebetreuung – Christoph Huebner
christoph.huebner@julia-sachsen.de
Tel.: 0177 - 76 54 855

Der Twitter-Hashtag dieses Kongresses lautet #JuliA49 .